

Geschäftszahlen:
BMAFJ-2020-0.149.040
BKA: 2020-0.153.587
BMSGPK-2020-0.150.158

9/18

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Jobbörse der Bundesregierung – Jobchancen in ganz Österreich

Eine reguläre Beschäftigung ist die beste Maßnahme zur nachhaltigen Integration in Österreich. Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte haben in Österreich freien Arbeitsmarktzugang. Rund 31.600 Personen dieser Zielgruppe befanden sich Ende Jänner 2020 in Arbeitslosigkeit oder in Schulung.

Arbeitssuchende Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte wohnen häufig in den östlichen Bundesländern. Um aufzuzeigen, dass in ganz Österreich gute Jobchancen für diese Zielgruppe bestehen, veranstaltet die Bundesregierung in Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice Wien, dem Österreichischen Integrationsfonds, der Wirtschaftskammer Österreich sowie der Industriellenvereinigung am 3. März eine Jobbörse in Wien. Dabei können rund 1.000 Asylberechtigte mit rund 40 Unternehmen in Kontakt treten, sich darüber hinaus über Arbeitsplätze in 10 Regionen informieren und vor Ort Bewerbungsgespräche führen. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, Näheres über Mobilitätsangebote von AMS-Trägern zu erfahren und neben Angeboten des Österreichischen Integrationsfonds zum Deutschlernen auch Workshops zu den Themen Arbeitsmarktintegration, und Erfahrungen beim Berufseinstieg zu absolvieren. Ziel ist es, möglichst vielen Personen den nachhaltigen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Erfahrungen zeigen, dass viele der Teilnehmer an vergleichbaren Jobbörsen in der Zeit nach Teilnahme an der Veranstaltung eine Vollbeschäftigung aufnehmen. Die Jobbörsen fungieren dabei einerseits als Plattform für unmittelbare Bewerbungen als auch als Impulsgeber für künftige Arbeitsaufnahmen.

Diese Veranstaltung ist Teil von verstärkten Bemühungen des AMS und des ÖIF, Asylberechtigte bei der Arbeitssuche zu unterstützen und damit die Integration zu fördern.

Mit dieser Maßnahme allfällig verbundene budgetäre Auswirkungen haben im geltenden BFRG bzw. in den geltenden Budgetansätzen des Ressorts ihre Bedeckung zu finden.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

4. März 2020

Mag. (FH) Christine
Aschbacher
Bundesministerin

Rudolf Anschober
Bundesminister

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin